



SCHWEIZERISCHE DELEGATION

Postscheckkonto DM West: Berlin West Nr. 306 00

Telegramm-Adresse: Schweizdelegat Berlin

SPRECHSTUNDEN 9.30 - 13 Uhr

AUSSER MITTWOCHS UND SONNABENDS

RN / br.

Bitte dieses Zeichen in der Antwort wiederholen

Politischer Brief

BERLIN NW 21, den 16. August 1961.

FDRST-BISMARCK-STRASSE 4

TELEFON: 39 53 21

An den

Chef der Abteilung für politische Angelegenheiten
des Eidgenössischen Politischen DepartementsB e r n

an							a/a
Datum							22.8.
Visa							ja.

EPD 22. Aug. 1961

Ref. p.A 21.31. Berlin wte'

Herr Minister,

Die in der Nacht zum 13. August 1961 unter Bruch der Viermächte-Abmachungen über den freien Verkehr in Berlin erfolgte Abschnürung Ostberlins vom Westen und das virtuelle Verschwinden eines Gebietes mit 1,2 Millionen bisher relativ freier Menschen im sowjetischen Machtbereich sind in der Form einer von langer Hand vorbereiteten und alle Eventualitäten einkalkulierenden Gewaltaktion erfolgt. Wie der Berichterstatter sich in persönlichem Augenschein überzeugen konnte, hat bisher nichts die Berliner Bevölkerung mehr empört als die Errichtung des Eisernen Vorhangs an der Berliner Sektorengrenze - das Einrammen von Betonpfählen, das Spannen von Stacheldraht und das Aufreißen von Durchgangsstrassen mitten in der Stadt, das bedrohliche Auftreten schwerbewaffneter Soldaten und die Bereitstellung schussbereiter Panzer an der bisher wenig ins Auge fallenden Trennlinie zwischen West- und Ostberlin. Obwohl in ihrer Existenz und ihren Lebensgewohnheiten kaum davon betroffen, mithin aus vorwiegend "idealistischen" Beweggründen, haben den ganzen Sonntag und Montag Zehntausende von Westberlinern protestiert; die Bezirke entlang der Sektorengrenze waren Schauplatz zahlreicher Demonstrationen gegen die ungeheuerlichen Vorgänge, auf dem Rathausplatz versammelten sich laufend Fabrikbelegschaften, die der Regierende Bürgermeister oder sein Stellvertreter mit einer

./.

2)

Ansprache beruhigen musste, an den abgesperrten Strassen kam es zu mannigfaltigen Zwischenfällen zwischen Westberlinern und den ostdeutschen Soldaten, die mit aufgepflanzten Bajonetten die Absperrungsarbeiten ihrer Kameraden deckten.

Nur mit Mühe konnten Hundertschaften der Westberliner Polizei die aufgebrachte Menge davon abhalten, die ostdeutschen Stacheldrahtverhaue und Strassensperren zu stürmen. Auf mitgebrachten Transparenten und in Sprechchören, die bis weit in die Nacht hinein vom Brandenburger Tor widerhallten, gaben sie ihrer Entrüstung Ausdruck. Sie verschonten dabei auch die Westberliner Polizei nicht, die mit Lautsprecherwagen die Menschenmassen zur Besonnenheit mahnte. Trotzdem wurden an verschiedenen Stellen Volkspolizisten, deren die Menge habhaft werden konnte, verprügelt oder mit Steinen beworfen und Stacheldrahtverhaue eingerissen. Am Brandenburger Tor antwortete die Vopo mit Tränengasbomben, deren Wolken der herrschende Westwind allerdings umgehend nach Ostberlin blies. Offensichtlich hatten die Volksarmisten und Volkspolizisten Befehl, von der Schusswaffe keinen Gebrauch zu machen, so dass noch in letzter Minute zahlreichen Ostberlinern die Flucht aus ihrer zum Konzentrationslager gewordenen Stadt gelang. Als sich die Spannung am Brandenburger Tor immer mehr steigerte und ernste Zwischenfälle jederzeit möglich schienen, begann die Westberliner Polizei schliesslich am Montag Nachmittag, mit Wasserwerfern die Menge von der Sektorengrenze abzudrängen und etwa 300 m westlich davon einen dichten Polizeikordon zu bilden. (Das Gebäude der Delegation liegt seither im "Niemandsland".) Die östliche Seite ging ihrerseits daran, das Brandenburger Tor, ursprünglich als Hauptübergang zwischen Ost und West vorgesehen, abzuriegeln und zu verbarrikadieren. Während der Regierende Bürgermeister einen Aufruf an die Bevölkerung richtete, die Ruhe zu bewahren, wandte er sich im Radio an die sowjetzonalen bewaffneten Streitkräfte mit der Aufforderung, "was immer geschehen werde, nicht auf Deutsche zu schiessen". In Westberliner Fabriken haben die Arbeiter die fristlose

./.

3)

Entlassung ihrer kommunistischen Kollegen verlangt, die Druckereiarbeiter haben sich geweigert, das Westberliner SED-Organ "Wahrheit" weiterzudrucken, so dass das Blatt sein Erscheinen einstellen musste. Um die auch am Dienstag andauernden Manifestationen in eine geregelte Bahn zu lenken und die Entrüstung abzufangen, hat der Senat für Mittwoch Nachmittag zu einer grossen Protestkundgebung vor dem Schöneberger Rathaus aufgerufen.

Ostberlin gleicht seit Sonntag früh einem zernierten Heerlager. Die Besetzung des Stadtteils durch Volksarmee, Volkspolizei und Staatssicherheitsdienst, sowie Betriebskampfgruppen und Verbände der paramilitärischen "Gesellschaft für Sport und Technik" führte zu zahlreichen Zusammenstössen der aufgebrachtten Bevölkerung mit Angehörigen der Streitkräfte und mit SED-Agitatoren, die vergeblich versuchten, die unpopulären Massnahmen zu erläutern und zu begründen; Kundgebungen, wie sie vielerorts zu entstehen drohten, wurden im Keime erstickt durch das Riesenaufgebot von bewaffneten Streitkräften. Verschiedentlich wurden auch feindliche Aeusserungen gegen den Westen verzeichnet, von dem man sich im Stiche gelassen fühlt, wie das seinerzeit auch in Ungarn festzustellen war. Auf dem Marx-Engels-Platz stehen seit Montag Nachmittag 20 schwere Panzer vom Typ 34 sowie 5 Schützenpanzerwagen und 15 bis 20 Mannschaftswagen. Unmittelbar an abgeriegelten Grenzübergängen hat die Volksarmee Panzer in Stellung gebracht - mit ihren Geschützrohren nach Osten nota bene! Die öffentlichen Gebäude Ostberlins und vorab das Regierungsviertel in der Gegend Wilhelmstrasse und Friedrichstrasse sind auf das Schwerste bewacht und abgeriegelt. Nach Augenzeugenberichten werden am Ostberliner Bahnhof Oranienburg ständig neue Panzer und weitere militärische Fahrzeuge ausgeladen, die vorwiegend zur Sowjetarmee gehören. Diese hat sich bezeichnenderweise in Ostberlin vollständig zurückgehalten, wogegen Meldungen aus der Zone von

./.

4)

bedeutenden militärischen Machtdemonstrationen sowjetischer Streitkräfte vorzugsweise in der Nähe grösserer Industriezentren berichten. Schon die Ernennung Marschall Konjews zum Oberkommandierenden der sowjetischen Streitkräfte in der Sowjetzone, dessen Siege im Krieg gegen Deutschland seither in der sowjetzonalen Presse eingehend beschrieben und gefeiert werden, muss unter dem Gesichtspunkt einer Machtdemonstration an die Adresse der Zonenbevölkerung betrachtet werden. Westalliierte Stellen wollen zudem - durch Luftbeobachtungen und auf geheimen Funkwegen - auch bedeutende Zusammenziehungen von Verbänden der sowjetzonalen "Volksarmee" um Berlin festgestellt haben. Danach sollen vier motorisierte Schützenregimenter, vier Panzerregimenter und zwei Artillerieregimenter einen immer dichter werdenden Ring um Berlin ziehen. Schon in der Nacht auf den Montag haben Pioniereinheiten begonnen, mehrere Meter breite Schneisen in die Wälder im Zonenrandgebiet an der Westgrenze Westberlins zu schlagen. Alles deutet darauf hin - so verlautet von westalliierten Stellen, die im übrigen alle näheren Auskünfte verweigern -, dass um Berlin ein "Todesstreifen" angelegt werden soll, wie er entlang der Zonengrenze zur Bundesrepublik bereits besteht. Weitere Kombinationen an diesen militärischen Aufmarsch zu knüpfen, erscheint dagegen verfrüht.

Die Frage, ob die Situation in der Zone psychologisch unter Kontrolle gehalten werden kann, ist noch offen. Es ist anzunehmen, dass nach Ueberwindung des ersten Schocks die Zonenbevölkerung mit Schrecken erkennen wird, dass sie nun endgültig hinter dem Eisernen Vorhang verschwunden ist, und ihr nach Wegfall des Ventils Westberlin ihre verzweifelte Lage erst recht bewusst werden wird. In Anbetracht der allgemein gespannten Lage, der Lebensmittelknappheit und der weitverbreiteten Unzufriedenheit, der übrigens, zumindest in Ostberlin,

./.

5)

mit einer erstaunlichen Unbekümmertheit Ausdruck gegeben wird, ist eine bedrohliche Zuspitzung in der Zone nicht ausgeschlossen.

Unter dem Zwang, die Flüchtlingswelle abzustoppen, die die Substanz seiner deutschen Militärprovinz in steigendem Masse schwächte, hat Chruschtschow sich anscheinend gezwungen gesehen, unter formeller Zwischenschaltung der Mitgliedstaaten des sogenannten "Warschauer Paktes" seinem Statthalter Ulbricht freie Hand zur Abschnürung Ostberlins zu lassen, ohne das völkerrechtliche Alibi eines Separatfriedensvertrages, der ja erst noch ausgehandelt werden soll, abzuwarten. Der sowjetische Machthaber, vor die Wahl zwischen einem weiteren Zuwarten und damit katastrophalen Anschwellen des Flüchtlingsstromes und einer sofortigen Abschnürung und damit dem Risiko eines Volksaufstandes gestellt, hat den zweiten Weg gewählt. Daher der machtvolle militärische Aufmarsch in Ostberlin und der Zone. Es wird hier von Optimisten die Meinung vertreten - und zwar hat der Regierende Bürgermeister Brandt anlässlich einer Orientierung der ausländischen Missionschefs am vergangenen Montag, welcher der Berichterstatter beiwohnte, diese Ansicht geäußert -, dass Chruschtschow sich möglicherweise von Ulbricht diese Konzession (Abschnürung Ostberlins) aushandeln liess, womit eines der Hauptziele des geplanten Sonderfriedens erreicht wäre, ohne damit die alliierten Rechte in Berlin direkt zu tangieren. Dafür würde er den Separatfrieden erst nach eingehenden Verhandlungen mit den Westmächten oder, falls es zu keinen solchen kommt, überhaupt vorläufig nicht abschliessen, bis diese den letzten Coup verdaut haben, woran die östliche Seite nicht zu zweifeln scheint, zumal nach der lahmen Reaktion, die der neueste Bruch des Viermächte-Abkommens in den offiziellen Kreisen der westlichen Hauptstädte hervorgerufen hat. Pessimisten vertreten andererseits die Auffassung, dass der Osten nun Schlag auf Schlag weiterführen werde, um die "Freie Stadt" schrittweise zu verwirklichen, immer ohne nach Möglichkeit die "Position der alliierten

6)

Mächte in Westberlin zu tangieren". Psychologisch besteht die ungeheure Gefahr, dass die Westberliner diese Entwicklung unter dem Eindruck des schlagartigen Vorgehens der Sowjets und der ausbleibenden Reaktion des Westens als unausweichlich zu betrachten beginnen, was den Beginn einer allmählichen inneren Fäulnis des freiheitlichen Westberlin bedeuten würde. Die Anpassungsfähigkeit des deutschen Menschen an angeblich Unausweichliches ist aus der Geschichte bekannt, und Willy Brandt machte bei seiner kürzlichen Besprechung nicht den Eindruck, dass er die Gefahr einer solchen Entwicklung verkenne. Wenn der Vertrauensschwund weiter um sich greift und der Glaube an die Mission Westberlins als eines Vorpostens der Freiheit, die seit Sonntag durch die Abschnürung bereits wesentlich an Wert verloren hat, zu erlahmen beginnt, es somit nur noch darum geht, einen ohnehin innerlich abgeschriebenen Restposten zu verteidigen, werden die wirtschaftlichen, finanziellen und zweifellos früher oder später auch politischen Folgen nicht ausbleiben. Am Ende dieser Entwicklung steht die Chruschtschowsche "Freie Stadt", aus der die alliierten Truppen, weil überflüssig geworden, aufatmend abziehen werden.

Ich versichere Sie, Herr Minister, meiner vorzüglichen Hochachtung.

DER CHEF DER SCHWEIZERISCHEN DELEGATION a.i.



Beilagen:

4 Briefdoppel